

# Auch in der größten Stadt Deutschlands jetzt stärkste Partei

**Stärkste Partei in der größten Stadt Deutschlands zu werden — das war das Ziel der Berliner CDU bei den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus am 2. März 1975. Dieses Ergebnis hat die CDU unter der Führung von Peter Lorenz mit 43,9 % erreicht. Helmut Kohl erklärte zu dem Ausgang der Wahlen in Berlin: „Dies ist ein großartiges Ergebnis, ein Ergebnis vor allem, das im Trend und der Entwicklung der Wahlergebnisse des Jahres 1974 liegt.“ Den Ausgang der Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus analysiert der Leiter des Sozialwissenschaftlichen Forschungsinstituts der Konrad-Adenauer-Stiftung, Prof. Dr. Werner Kaltefleiter:**

Das Ergebnis der Berliner Wahl entspricht weitgehend dem, was aufgrund der Umfrageergebnisse seit dem letzten Herbst und einer Hochrechnung des Trends der Landtags- und Kommunalwahlen von 1974 zu erwarten war. Das bedeutet zunächst, daß weder die dramatischen Ereignisse der letzten drei Tage vor der Wahl noch die generelle bundes- und landespolitische Entwicklung des letzten Winters den Trend des Jahres 1974 meßbar verändert haben.

Die bedeutendste Abweichung von allen anderen Wahlen in der Bundesrepublik besteht in dem relativen Erfolg des BFD. Nach ersten Schätzungen kann davon ausgegangen werden, daß diese Gruppe das Wählerpotential der CDU um etwa 2 %, das der SPD um etwa 1 % vermindert hat. Unterstellt man eine derartige Stimmenaufteilung des BFD, so ergibt sich in Berlin eine Wählerbewegung, die fast identisch ist mit der zur Hamburger Bürgerschaftswahl vor einem Jahr, wobei SPD und FDP zusammen betrachtet werden müssen, weil als Folge des Kanzlerwechsels die FDP nicht mehr — wie noch in Hamburg — zu Lasten der SPD gewinnt.

## Hamburg

	CDU	SPD	FDP	Koalition
Bürgerschaftswahl 1970	32,8	55,3	7,1	—
Bürgerschaftswahl 1974	40,6	44,9	10,9	—
Veränderung	+ 7,8	— 10,4	+ 3,8	— 6,6

**Berlin**

	CDU	SPD	FDP	Koalition
Abgeordnetenhauswahl 1971	38,2	50,4	8,5	—
Abgeordnetenhauswahl 1975	43,9	42,7	7,2	—
Veränderung	+ 5,7	— 7,7	— 1,3	— 9,0
BFD-Korrektur	+ 2,0	+ 1,0	—	+ 1,0
korrigierte Veränderung	+ 7,7	— 6,7	— 1,3	— 8,0

Dem widerspricht nicht, daß der BFD in den bisherigen SPD-Hochbürgen mit den größten SPD-Verlusten am relativ stärksten gewann. Er absorbierte dort Wähler, die sonst zur CDU gegangen wären. Der BFD hat weniger vom tatsächlichen Stimmenanteil der CDU 1971 als von ihrem Potential 1975 profitiert. Aber die Machtverteilung ist in Berlin durch diese Stimmabgabe nicht beeinflußt worden. Zugleich zeigt dieses Ergebnis, daß die Chance der CDU/CSU zur Regierungsbildung durch derartige Neugründungen nicht vergrößert, sondern verkleinert wird.

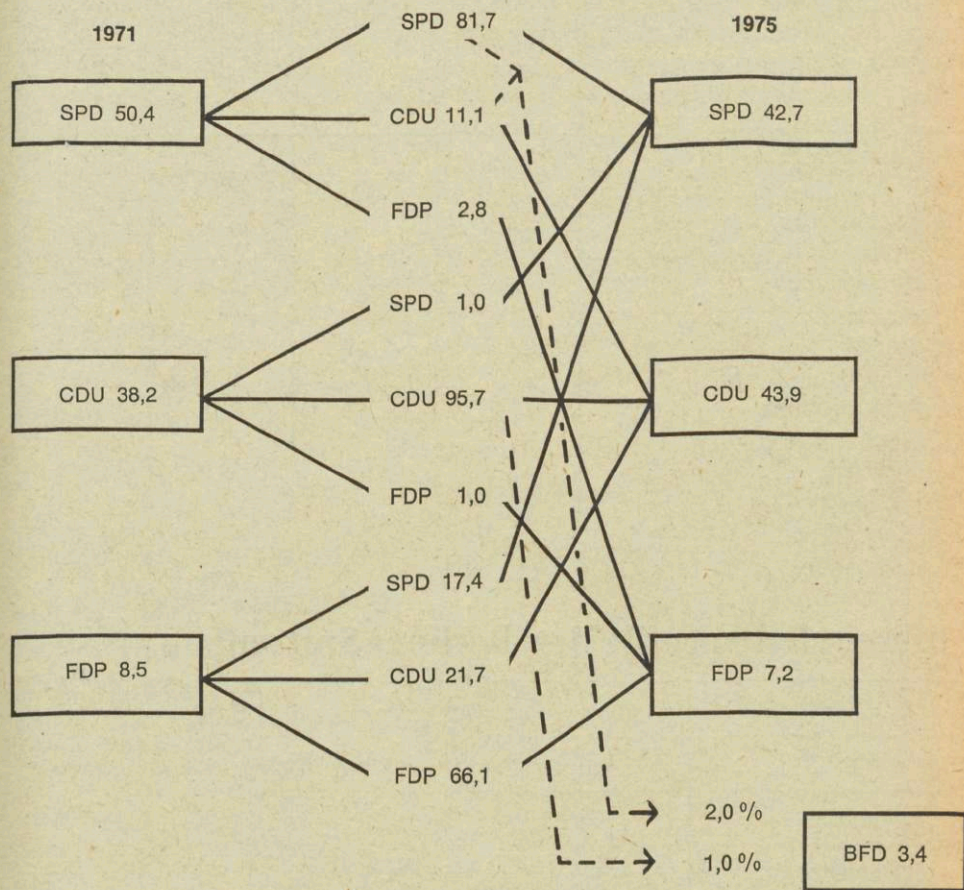
Die Einzelheiten der Wählerbewegungen zeigt das nebenstehende Schaubild:

Das Schaubild zeigt, daß die CDU ihre Wählerschaft von vor vier Jahren fast vollständig halten konnte, während die SPD  $\frac{1}{5}$  und die FDP  $\frac{1}{3}$  ihrer Wählerschaft verlor. Die CDU gewann etwa 11 % der damaligen SPD-Wählerschaft und 20 % der FDP-Wählerschaft von 1971; während sie an beide Parteien praktisch nichts abgab, gab es darüber hinaus einen regen Austausch zwischen SPD- und FDP-Wählerschaft, wobei der sich seit dem Kanzlerwechsel anbahnende Trend, daß die FDP stärker an die SPD abgibt als daß sie von dieser gewinnt, leicht verstärkt ist. Das bestätigt erneut, daß die FDP ihre Fähigkeit, als Oppositionsfilter unzufriedene SPD-Wähler anzuziehen, eingebüßt hat, sie verlor im Saldo in Berlin wiederum ca. 20 % ihres Vorergebnisses.

Die Einzelergebnisse in den Stadtteilen bestätigen, daß sich in Berlin jene Wählerbewegung wiederholt hat, nach der die SPD zwar am stärksten in ihren bisherigen Hochbürgen verloren hat, daß der Trend insgesamt aber nicht ausschließlich gruppen- oder schichtspezifisch zu lokalisieren ist.

Diese weitgehende Parallelität zwischen dem Berliner Ergebnis und denen des Jahres 1974 scheint zunächst in einem Widerspruch zu der Tatsache zu stehen, daß die Prioritätenliste politischer Probleme in Berlin deutlich von der in der Bundesrepublik abweicht. Außenpolitische Fragen, die im Bundesgebiet seit 1972 fast vollständig an Bedeutung verloren haben, nehmen in Berlin noch immer einen hohen Stellenwert ein, und im Bereich der Wirtschaftspolitik ist die Relevanz des Themas „Arbeitslosigkeit“ in Berlin ungleich geringer als in der Bundesrepublik. Ebenfalls abweichend von den Tendenzen der Bundesrepublik besaß in Berlin das Thema „Innere Sicherheit“ schon vor der Entführung von Peter Lorenz einen relativ höheren Stellenwert. Das bestätigt erneut, daß Wählerbewegungen in der Regel nicht einzelnen Themen isoliert zugerechnet werden können, ja daß diese

# Hochrechnung der Wählerfluktuation Berlin 1975



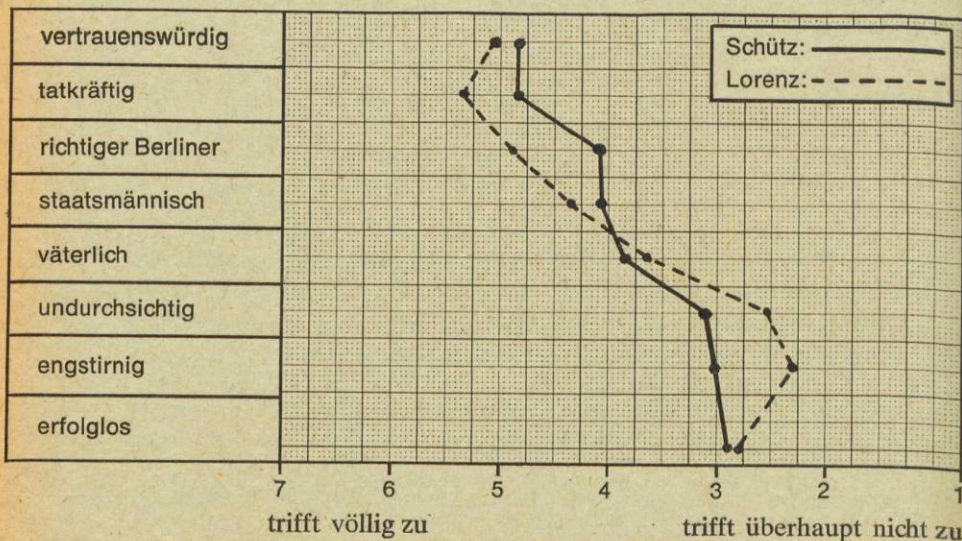
häufig mehr Rechtfertigungscharakter für einen nicht themenspezifisch zu begründenden Vertrauensverlust einer Regierung haben.

Die zentrale Ursache für die Wählerbewegung des vergangenen Jahres, die sich jetzt in Berlin wiederholt hat, ist der Vertrauensverlust der SPD — und seit der Niedersachsen-Wahl, wenn auch eingeschränkt, auch der FDP — als Regierungspartei in Bonn. Dieser auf vielfältigen Einzelerfahrungen beruhende Vertrauensverlust stellt sich der Wählerschaft in einer der jeweiligen Situation entsprechenden Prioritätenliste politischer Probleme und Aufgaben dar. Die unterschiedliche Konstellation Berlins führte dazu, daß die einzelnen Themen einen unterschiedlichen Stellenwert, insgesamt aber den gleichen Einfluß haben.

## Die wichtigsten politischen Aufgaben (Spontannennungen)

Aufgabe	Berliner Bevölkerung %	SPD-Wähler %	CDU-Wähler %	FDP-Wähler %	Bevölkerung der BRD %
Ost- und Friedenspolitik	34,9	36,2	36,4	47,2	2,8
Preise, Löhne, Währung	25,9	25,8	25,0	11,1	33,6
Innere Sicherheit	9,8	6,6	10,9	8,3	6,4
Arbeitsplatzsicherung	8,6	11,3	5,9	16,7	21,8
Wirtschafts- und Konjunkturpolitik	6,2	6,1	7,3	2,8	13,0
Gesellschafts- und Sozialpolitik	6,2	8,0	5,0	8,3	11,4
Steuer- und Finanzpolitik	1,6	1,4	2,3	—	3,5
Westeuropapolitik	1,4	1,4	1,4	—	2,3

## Eigenschaftsprofile der Berliner Spitzenkandidaten



Angesichts der hohen Bedeutung, die der personellen Repräsentanz einer Partei und einer Politik zukommt, ist die Einschätzung des Spitzenkandidaten eine zentrale Voraussetzung dafür, daß ein wie immer themenspezifisch begründeter Vertrauensverlust der Regierung sich in Stimmengewinne für die Opposition umsetzt. Das vorstehende Schaubild zeigt, daß schon vor der Entführung von Peter Lorenz sein Eigenschaftsprofil dem des Regierenden Bürgermeisters eher überlegen war.

Für die folgenden Landtagswahlen in der Bundesrepublik kann damit grundsätzlich eine Fortsetzung des Trends von 1974 erwartet werden, wobei allerdings weitere Auswirkungen, etwa aufgrund des erhöhten Stellenwerts des Themas „Arbeitsplatzsicherung“ in der Bundesrepublik und des Themas „Innere Sicherheit“, als Folge der jüngsten Entwicklung nicht ausgeschlossen werden können.

## Ergebnisse der letzten Landtagswahlen in den Bundesländern

Land	letzte Wahl	Ergebnisse (in Prozenten)						nächste Wahl
		CDU	SPD	FDP	NPD	DKP	Sonst.	
West-Berlin	2. 3. 1975	43,9	42,7	7,2	3,4 <sup>3)</sup>	1,9 <sup>4)</sup>	0,8	1979
Baden-Württemberg	23. 4. 1972	52,9	37,6	8,9	—	0,5	0,1	April/Mai 1976
Bayern <sup>1)</sup>	27. 10. 1974	62,1 <sup>1)</sup>	30,7	5,2	1,1	0,4	1,0	1978
Bremen	10. 10. 1971	31,6	55,3	7,1	2,8	3,1	—	28. Sept. 1975
Hamburg	3. 3. 1974	40,6	44,9	10,9	0,8	2,2	0,6	1978
Hessen	27. 10. 1974	47,3	43,2	7,4	1,0	0,9	0,2	1978
Niedersachsen	9. 6. 1974	48,8	43,1	7,0	0,6	0,4	0,0	1978
Nordrhein-Westfalen	14. 6. 1970	46,3	46,1	5,5	1,1	0,9	0,1	4. Mai 1975
Rheinland-Pfalz	21. 3. 1971	50,0	40,5	5,9	2,7	0,9	—	9. März 1975
Saarland	14. 6. 1970	47,8	40,8	4,4	3,4	3,7	0,9	4. Mai 1975
Schleswig-Holst.	25. 4. 1971	51,9	41,0	3,8	1,3	0,4	1,7	13. April 1975
Bundestag	29. 11. 1972	44,9 <sup>2)</sup>	45,8	8,4	0,6	0,3	0,1	November 1976

1) CSU    2) CDU/CSU    3) BFD    4) SEW

# Vorläufiges Endergebnis der Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus

	1975		1971			
Wahlberechtigte	1 583 399		1 652 916			
abgegebene Stimmen	1 391 949		1 469 633			
Wahlbeteiligung	87,9 %		88,9 %			
		%	Sitze	%	Sitze	
<b>CDU</b>	606 178	43,9	68	553 422	38,2	54
<b>SPD</b>	589 757	42,7	67	730 240	50,4	73
<b>FDP</b>	99 629	7,2	11	122 310	8,5	11
<b>SEW</b>	25 583	1,9	—	33 845	2,3	—
<b>KPD</b>	10 277	0,7	—	—	—	—
<b>KBW</b>	802	0,1	—	—	—	—
<b>BFD</b>	47 492	3,4	—	—	—	—

## So wurde in den zwölf Wahlkreisverbänden Berlins gewählt

Wahlkreisverband	CDU	SPD	FDP	SEW	BFD
Tiergarten	41,0 (36,3)	45,0 (53,1)	6,0 ( 7,0)	3,0 (2,9)	4,0
Wedding	38,2 (30,2)	50,2 (61,0)	4,8 ( 5,6)	1,9 (2,6)	3,9
Kreuzberg	38,6 (32,8)	46,9 (57,6)	5,5 ( 5,9)	3,0 (3,1)	4,2
Charlottenburg	47,0 (41,6)	38,8 (46,3)	6,9 ( 9,1)	2,0 (2,3)	4,2
Spandau	38,1 (32,6)	48,5 (55,6)	8,1 ( 9,4)	1,2 (1,8)	3,6
Wilmersdorf	50,2 (46,4)	34,6 (39,8)	9,0 (11,0)	1,9 (2,2)	3,4
Zehlendorf	53,9 (49,4)	31,1 (35,1)	9,6 (12,7)	1,7 (2,2)	2,7
Schöneberg	43,5 (39,4)	41,0 (48,1)	4,8 ( 8,9)	2,7 (2,9)	3,7
Steglitz	49,3 (45,4)	35,9 (41,1)	8,9 (10,9)	1,8 (2,0)	3,5
Tempelhof	49,2 (41,7)	41,2 (47,5)	7,8 ( 8,5)	1,3 (1,7)	—
Neukölln	39,7 (32,9)	48,0 (57,7)	5,9 ( 6,5)	1,8 (2,4)	4,0
Reinickendorf	43,2 (37,3)	44,7 (51,6)	6,6 ( 8,1)	1,4 (2,3)	3,6

# Die SPD und der Steuer-Ärger

## Willy Brandt, SPD-Exkanzler

„Unser Ziel ist es, ein gerechtes, einfaches und überschaubares Steuersystem zu schaffen.“ (Regierungserklärung 28. 10. 1969)

Ihre Versprechungen, Herr Brandt, was ist davon geblieben?

## Hans Apel, SPD-Finanzminister

„Unser Steuersystem ist entkompliziert worden.“ (ARD, 31. 1. 1975)

„Eine komplizierte Materie, die fast nicht umsetzbar in Aufklärung ist.“ (FAZ, 3. 2. 1975)

„Ich bin dabei, sehr unpopulär zu werden.“ (Die Zeit, 7. 2. 1975)

Und ob, Herr Apel! Die Steuerzahler fühlen sich „verapelt“.

## Helmut Schmidt, SPD-Kanzler

„Es gibt viele Fälle, wo die Ehemänner das in die Tasche stecken, was sie jetzt im Augenblick mehr netto bekommen.“ (Panorama, 3. 2. 1975)

So einfach ist das für den verantwortlichen SPD-Kanzler Schmidt, den entstandenen Unmut zu erklären.

## Hermann Fredersdorf, SPD, Vorsitzender des Bundes der Steuerbeamten:

„Ich habe denen hundertmal gesagt, daß der Lohn- und Gehaltsempfänger erst mal auf seine Abrechnung guckt und daß es dann lange Gesichter geben wird. Aber die wollten das ja nicht hören.“ (Die Welt, 29. 1. 1975)

So leichtfertig geht man heute in Bonns Ministerien über sachverständige Urteile hinweg, wenn sie nicht in den Kram passen.

## Heinz Kühn, SPD-Ministerpräsident NRW

„Helmut (Schmidt), wie wir da noch die Wahlen gewinnen sollen, weiß ich nicht. Ihr habt uns damit einen dicken Hund ins Haus geschickt.“ . . . „Das Echo ist verheerend.“ (Stern, 6. 2. 1975)

## Conrad Ahlers, SPD-Bundestagsabgeordneter

„Das Fiasko einer psychologisch schlecht vorbereiteten Steuerreform.“ (Stern, 13. 2. 1975)

Niemand sollte sich von der SPD/FDP-Regierung an der Nase herumführen lassen. Das Chaos der sogenannten Steuerreform ist ein erneuter Beweis: Sozialdemokraten können nicht mit Geld umgehen. Wer kann heute noch Vertrauen in diese SPD/FDP-Regierung haben?

Die CDU fordert die sofortige Einsetzung einer unabhängigen Sachverständigenkommission. Die Unklarheiten und Ungereimtheiten dieser unfertigen Steueränderung müssen beseitigt werden.

Das ist CDU-Politik. Mit Vernunft und Verantwortung.

# Chronik des Bundestages

vom 19.—21. 2. und 26.—28. 2. 1975

## Verabschiedete Gesetze

Datum	Gegenstand	Abstimmung
20. 2. 75	<b>Vermittlungsausschuß</b> zur Änderung der Verwaltungsgerichtsordnung — Verwaltungsgericht Gelsenkirchen für Studienplatzvergabe bis 1978, später Gerichtszuständigkeit des Wohnsitzes d. Bewerbers	einstimmig angenommen
	<b>Vermittlungsausschuß</b> Bundeswaldgesetz	einstimmig
	Änderung des Bundesseuchengesetzes	einstimmig
	Gesetz zum Übereinkommen über den bezahlten Jahresurlaub	einstimmig
21. 2. 75	Gesetz über Zeugnisverweigerungsrecht der Mitarbeiter von Presse und Rundfunk	gegen einen Großteil der CDU-Stimmen angenommen
27. 2. 75	18. Rentenanpassungsgesetz — Anhebung 11,1 % ab 1. 7., Unfallversicherung 11,7 %	einstimmig
	Gesetz über die Sozialversicherung Behinderter	einstimmig
	2. Besoldungsvereinheitlichungs- und -neuregelungsgesetz	einstimmig
	Änderung des Grundgesetzes (Petitionsausschuß)	mit 381 bei 5 Enthaltungen angen.
	Gesetz über die Befugnisse des Petitionsausschusses des Deutschen Bundestages	angenommen
	Änderung des Gerichtskostengesetzes	einstimmig bei 3 Enthalt.
	Änderung der Bundesrechtsanwaltsordnung	einstimmig
	Gesetz über Repräsentativstatistik der Bevölkerung und des Erwerbslebens	gegen 1 Stimme angenommen

## Sonstige Tagesordnungspunkte

20. 2. 75 Beratung und Debatte zum Jahresgutachten 1974 und zum Jahreswirtschaftsbericht 1975
27. 2. 75 Bericht und Debatte zum Bericht des Guillaume-Untersuchungsausschusses
28. 2. 75 Agrarbericht 1975 und Debatte zur Lage der deutschen Landwirtschaft